



Mindestlohn und EEG-Gesetz:

Zukunftsweisende Gesetze im Bundestag angenommen.

Liebe Leserinnen und Leser, in den letzten Wochen vor der Sommerpause haben wir wichtige SPD-Kernprojekte im Bundestag beschließen können: die Bezahlung von wenigstens 8,50 € pro Stunde und eine Energiewende, die bezahlbar bleibt. Die Umsetzung dieser sozialdemokratischen Projekte ist für uns beide und die SPD eine großartige Zwischenbilanz vor der Sommerpause.

Ab dem 1. Januar 2015

Historischer Durchbruch: Flächendeckender Mindestlohn wird eingeführt

- **Gesetzlicher Mindestlohn** – Davon profitieren rund 4 Millionen Menschen
- **Neue Allgemeinverbindlichkeitserklärung** – Gute Tarifverträge sollen für mehr Menschen gelten
- **Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** – Größerer Schutz für alle ArbeitnehmerInnen

Ab 1. Januar 2015 wird bundesweit ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn gelten. Weitere Neuregelungen sorgen dafür, dass tarifvertragliche Mindestlöhne und die Tarifautonomie gestärkt werden.

Anfang Juli hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“ (Tarifpaket) zur Umsetzung des Mindestlohns beschlossen. Seit vielen Jahren fordert die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde. Diese zentrale Forderung haben wir in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn bedeutet für rund 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 1. Januar 2015 endlich eine angemessene Anerkennung der

von ihnen geleisteten Arbeit und hilft zudem vielen Frauen, die besonders von niedrigen Löhnen betroffen sind. Auch wird die Kaufkraft in unserem Land gestärkt.

Folgende gesetzliche Regelungen sind im Tarifpaket der Großen Koalition vorgesehen:

Der Mindestlohn gilt ab 1. Januar 2015 für volljährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Branchen. In einer Übergangsfrist bis Ende 2016 sind vorübergehend tarifvertragliche Abweichungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes möglich. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Dann müssen landesweit und in allen Branchen mindestens 8,50 Euro gezahlt werden. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig von einer Kommission der

Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls verbindlich angepasst. Für Zeitungszusteller gilt aufgrund der besonderen Struktur der Branche eine gesetzliche Übergangsregelung. Von der Mindestlohnregelung ausgenommen sind Jugendliche ohne Ausbildung und ohne Berufsabschluss, Auszubildende, ehrenamtlich Tätige sowie Praktikantinnen und Praktikanten, die ein verpflichtendes Praktikum im Rahmen von Schule, Ausbildung, Studium oder ein freiwilliges Praktikum zur Orientierung bei der Berufs- oder Studienwahl absolvieren.

Langzeitarbeitslose, die länger als 12 Monate ohne Beschäftigung waren und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden sollen, erhalten nach sechs Monaten einer Beschäftigung den Mindestlohn.

TTIP-Verhandlungen aussetzen!

Verhandlungen erfordern Vertrauen. Bei den Gesprächen über das geplante transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika war das von Anfang an ein Problem, auf das Claudia Tausend und Florian Post viele besorgte Bürgerinnen und Bürger ansprachen: NSA-Überwachungsskandal, mangelnde Transparenz der Verhandlungen, wenig Vertrauen in den Verhandlungspartner.

Dies ist durch die neuen Spionagevorfälle US-amerikanischer Geheimdienste in Deutschland nun

dermaßen erschüttert, dass eine Weiterführung der Gespräche derzeit beim besten Willen nicht vorstellbar ist. Die bayerische Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb auf ihrer Klausur in Nürnberg einstimmig gefordert, die Verhandlungen auszusetzen. Sinnvoll wäre eine Fortsetzung der Verhandlungen im November, nach den US-amerikanischen Zwischenwahlen und der Neubildung der EU-Kommission. Diese neue Kommission muss mit einem neuen Verhandlungsmandat ausgestattet sein, das die berechtigten Sorgen der Bevölkerung aufnimmt.

Die USA sind und bleiben ein wichtiger Partner, nicht nur in Handelsfragen. Ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU könnte Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland schaffen, ergebnisoffene Verhandlungen sollte man nicht von vornherein ausschließen. Aber dazu müssen die USA versuchen, das Vertrauen, das sie durch NSA- und Spionageaffäre in Deutschland verspielt haben, wiederherzustellen. Wir brauchen einen neuen Umgang: Bei den TTIP-Verhandlungen, und bei der Art, wie transatlantische Partner miteinander umgehen.

Fracking verbieten!

Während der letzten Wochen hat eine medienwirksame Kampagne von Compact viele Bürger verunsichert. Die Kampagne "Fracking stoppen: Rettet unser Trinkwasser" hat behauptet, dass die Regierung versuche „im Windschatten der WM-Begeisterung schnell und heimlich ein Fracking-Gesetz durchzubringen“.

Diese Behauptung ist falsch, unbegründet und berechnend. Von taz bis zur Süddeutschen wurde diese Angstkampagne aufgenommen, verbreitet und anschließend revidiert. Aber viele Rückmeldungen zeigen uns, dass Ängste vor Fracking (und damit verbundenen Gefahren wie Erdbeben und Trinkwasserverschmutzung) hängengeblieben sind.

Richtig ist: Bisher gibt es keine klare Regelung in Deutschland, weshalb akuter Handlungsbedarf besteht. Das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium haben sich nun auf die Grundzüge geeinigt, wie die gesetzlichen Anforderungen von "Fracking" deutlich verschärft werden können. Fracking-Vorhaben für Gasförderung aus Schiefer- und Kohleflözgestein oberhalb von 3000 Metern sollen verboten werden, ebenso der Einsatz von Chemikalien, die das Grundwasser gefährden könnten. Eine Gefahr für die öffentliche Wasserversorgung wird ausgeschlossen, indem Fracking jeglicher Art in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten, Einzugsbe-

reichen von Talsperren und Seen, die unmittelbar der Trinkwassergewinnung dienen, untersagt wird. Einzig möglich bleibt das sogenannte „konventionelle Fracking“, also Fracking ohne den Einsatz von umwelttoxischen Stoffen. Diese Technologie wird bereits seit den 60er Jahren in Deutschland angewandt und ist bereits reguliert. Aber auch hier werden wir die Anforderungen nochmals verschärfen. Wir werden auf Grundlage dieser Eckpunkte die strengsten Regeln zum Fracking einführen, die es in diesem Bereich jemals gab.

Wir als SPD nehmen die Ängste in der Bevölkerung ernst, denn eine auf Fracking basierende Erdgasversorgung wird es mit der SPD nicht geben.

Erfolgsgeschichte Energiewende weiterschreiben!

Nach harten Verhandlungen mit der Union, den Ländern und der EU-Kommission ist es gelungen, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu beschließen. Diese Reform war nach vier Jahren schwarz-gelben Stillstands in der Energiepolitik überfällig. Gelingt es nicht, die Erneuerbaren Energien in den Markt zu integrieren und mit dem Netzausbau zu synchronisieren, werden uns die Kosten der Energiewende aus dem Ruder

laufen und die Versorgungssicherheit wird gefährdet. Mit dem neuen EEG steuern wir dieser Entwicklung entgegen, indem der weitere Ausbau strukturierter und planbarer gesteuert wird – was im Übrigen nicht mit Drosselung gleichzusetzen ist. Wir haben mit dem EEG Überförderungen abgebaut, mehr marktwirtschaftliche Elemente eingeführt und klare Regelungen für die stromintensive Industrie aufgestellt.

Als nächstes werden wir uns der Frage widmen, wie wir die Rahmenbedingungen des Strommarktes so umgestalten, dass dieser auch für einen immer größer werdenden Anteil von Strom aus Erneuerbaren Energien, ausgerichtet ist. Dazu werden wir intensive Diskussionen mit Bürgern, Unternehmen und Verbänden führen, um gemeinsam das nächste Kapitel der Erfolgsgeschichte Energiewende zu schreiben.

Aus dem Wahlkreis

In der Zeit außerhalb der Sitzungs- und Haushaltswoche in Berlin waren wir auch im Juni und Juli viel in den Wahlkreisen unterwegs.



Florian Post mit Mitgliedern der Bürgerenergie Bayern e.V. Auf dem Bild (v.l.n.r.): Florian Post, Thomas Pollakowski, Vorstand BEBay e.V., Andreas Herschmann, BEG Pfaffenhofen eG, Markus Käser Vorsitzender BEBay e.V., Peter Weierich, EWERG Erlangen-Höchstädt eG



Claudia Tausend mit Bürgermeisterin Christine Strobl und Hermann Wagner bei der Eröffnung vom Handwerkerdorf auf dem Münchner Odeonsplatz.



Florian Post mit der jungen Künstlerin und Schülerin Jasmin Moser bei ihrer Ausstellung „Alternative Public Street Art“ in der Berufsschule für Spedition und Touristik



Florian Post stand am 30. Mai bei der Red Hand Aktion des Gymnasiums Fürstenried den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort



Wahlkreisbesuch von Claudia Tausend bei Bärbel Kofler beim Neubau Wohnbauwerk in Bayerisch Gmain (Wohnbauwerk im Berchtesgadener Land GmbH). Zu sehen sind v.l.n.r.

Claudia Tausend, Bärbel Kofler, Florian Brunner (Geschäftsführer Wohnbauwerk Berchtesgadener Land GmbH), und Roman Niederberger



Da sein für München: Claudia Tausend beim Tag der Daseinsvorsorge auf dem Münchner Marienplatz. Hier mit den SPD-Stadträten Ulrike Boesser und Jens Röver sowie dem zweiten Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs München Helmut Schmidt.

Florian Post, MdB



Belgradstr.15 a
80796 München

facebook.com/bundestag2013
E-Mail: florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38

Claudia Tausend, MdB



Oberanger 38
80331 München

facebook.com/tausendmalbesser
E-Mail: claudia.tausend@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58